

07.07.2009

Sieg der Roßdorfer Bürger

BBB begrüßt Meinungsänderung der CDU

Bruchköbel.- Mit großer Genugtuung begrüßt der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) die Ankündigung der CDU, dem Biogasanlagenstandort in Roßdorf jetzt, nach 10 ½ Wochen der öffentlichen Diskussion, doch nicht mehr zustimmen zu wollen, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold, der bereits am 30.04.2009 alle Fraktionsvorsitzenden sowie Bürgermeister und Ersten Stadtrat darauf hingewiesen hatte, dass und warum der beabsichtigte Standort in Roßdorf nicht zu halten sein werde. Die „Biogaskoalition“ von SPD, CDU und Grünen sei zerbrochen und keine Mehrheit für den untragbaren Standort mehr vorhanden. Das Aufbegehren einer überwältigenden Zahl von Bürgerinnen und Bürger aus Roßdorf gegen den unsinnigen Standort der Industrieanlage war also erfolgreich. Dieses Ergebnis hätte man schon spätestens bei der Bürgeranhörung der Stadt finden können. Jedem, der dort zugehört habe, sei schon damals klar geworden, dass neben weiteren Unklarheiten für das Vorhaben überhaupt kein brauchbares Verkehrskonzept vorliege. „Das ist von der Rathauspitze handwerklich nicht ordentlich vorbereitet worden“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des BBB, Johannes Haas. Da nützte es auch nichts, wenn der Bürgermeister wiederholt beteuert habe, man werde die Einwände ernst nehmen und prüfen. Die Bürgerinnen und Bürger Roßdorfs – und nicht nur sie – hätten in dieser Situation von der Rathauspitze gewünscht, dass die Sorgen von Bürgern wirklich ernst genommen und berücksichtigt worden wären. Bürgermeister Maibach habe aber bis zuletzt gar keine eigene Meinung zur Sache geäußert und wo sich hinter einem noch einzuholenden teuren und überflüssigen Gutachten verstecken wollen. CDU und Grüne hätten aber zugleich die besorgten Bürger öffentlich als „aufgehetzt“ betitelt. Bürgermeister Maibach sprach in Bezug auf die Kritik von „Fakten verdrehen“, „fehlender Sachpolitik“, „unnötigen Schaufensteranträgen“, „Scheingefechten“, „Populismus“, „fadenscheinigen Prüfanträgen“ und „kontraproduktiver Stimmungsmache“. CDU und Bürgermeister hätten also schon mit ihrer ungehörigen Wortwahl klar gemacht, dass sie die Bedenken der Bürger gar nicht ernst nehmen wollten. Wer auf kritische Bürger öffentlich als „Aufgehetzte“ oder „Faktenverdrehler“ einschlage, wolle sachliche Auseinandersetzungen und Kritik unterbinden. Das hätten die Roßdorfer ganz genau gespürt. Der BBB, so Joachim Reholz, habe demgegenüber über Monate hinweg Informationen eingeholt und habe als Ergebnis das Biogasgroßprojekt nie mitgetragen. Als dann spontane Kritik von Roßdorfer Anwohnern bekannt geworden sei, habe der BBB diese aufgenommen. Er habe den Bürgern in einem Bürgerforum Gehör verschafft, lange vor der späten Anhörung durch dem Magistrat. Der BBB habe dann auch zusammen mit der FDP die Bürgerinitiative mit Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt.

Die jetzige Kehrtwendung der CDU sehe übrigens nicht so aus, als ob sie mit der SPD und den Grünen abgestimmt sei, die ja in dieser Frage bisher an einem Strang gezogen hätten, so der BBB- Vorsitzende Joachim Reholz. Dabei versuche die CDU, sich nun mit rhetorischen

Nebelkerzen aus der für sie so peinlichen Affäre zu ziehen, indem sie von einem „Prüfverfahren“ spreche, auf das eine private Firma ein Anrecht habe. Dies sei ebenso völlig falsch wie die Behauptung, ohne das Bebauungsplanverfahren hätte der Betreiber ein „kleinere Anlage, ohne irgendeine Genehmigung einholen zu müssen, errichten können. Diese Äußerungen lägen den Schluss nahe, dass bei der CDU-Fraktion niemand wisse, was er in der Stadtverordnetenversammlung entscheide. Weder könne jemand eine Biogasanlage ohne Baugenehmigung errichten, noch handele es sich bei dem Bebauungsplanverfahren, dessen Ziel ein verbindlicher Bauleitplan sei, um ein bloßes Prüfverfahren. Der gesamte Vorgang zeige aber immerhin, dass es sich für die Bürger lohne, politisch aktiv zu werden und für die Sache und ihre Heimat zu kämpfen. Ohne das starke Engagement der Roßdorfer Bürger wäre der Erfolg nicht möglich gewesen. Der BBB werde auch in Zukunft ein verlässlicher Ansprechpartner der Bürger sein, so Joachim Reholz abschließend.